

Wertzeitung
im Stadt, Orts-
und Nachbarort-
vertrieb Nr. 8.80,
einzeln Nr. 2.40
ausschließlich der
Postgebühren. Die
Anzeigenpreise sind
in der Nummer des
Blattes Nr. 109.
Bestellungswechsel
möglich, mit Aus-
nahme der Sonn-
und Feiertage.

Gegründet 1877.



Die 10spaltige Zeile
oder deren Raum
20 Zeilen. Die
Reklamezeile oder
deren Raum 40
Zeilen. 2 Bei
Wiederholungen
unveränderter An-
zeigen entsprechen-
der Rabatt. Bei
geringfügiger An-
treibung und Kon-
tanten ist der
Rabatt höher.

Verantwortlicher

Schwarzwälder Tageszeitung. für die D.-U.-Bezirke Nagold, Freudenstadt und Calw

Nr. 235 Druck und Verlag in Ultenfels. Donnerstag, den 9. Oktober. Amtsblatt für Pfalzgrafenweiler. 1919.

Deutsche Nationalversammlung. Die große politische Aussprache. Berlin, 7. Okt.

Die Ankündigung der Berliner Mäler, daß mit der Vorstellung der neuen Koalitionsregierung in der Nationalversammlung ein „großer Tag“ verbunden sein werde, hat die Erwartungen überall hoch geschraubt. Aber es muß gesagt werden: die Erwartungen sind nicht ganz erfüllt worden. Die Nationalversammlung selbst wird viele leere Plätze auf. Reichskanzler Bauer legte das Programm der Regierung dar, das sich allerdings infolge der Umbildung in keinem Punkt geändert hat. Der Kanzler legte vielmehr Wert darauf zu erklären, daß in dem Betriebsrätegesetz, das bei den Umbildungsverhandlungen die meisten Schwierigkeiten geboten hatte, der Rechtsanspruch der Arbeiter zur Erfüllung gelangen soll. Ferner werden ein Gesetz über die Wirtschaftsämter, das pflichtmäßige Schiedsgericht, über den Einstellungs- zwang der Kriegsgeschädigten, ein Reichsheimstätten- gesetz und eine Arbeitslosenversicherung angekündigt. Die Wahlen zum eigentlichen Reichstag werden nicht vor dem Früh- jahr stattfinden. Der Reichskanzler stellt mit Beirung fest, daß die Arbeitslosigkeit sich gehoben habe und daß die wilde Streikluft verträumt sei, aber es werde immer noch viel zu viel gestreift. Mit ganz besonderer Schärfe wendet sich Bauer gegen die Opposition der Rechten, be- sonders gegen die Deutschnationalen, denen er die Schuld an dem allgemeinen Mißtrauen des Auslands gegen die deut- sche Republik zuschreibt und deren Opposition er geradezu als politische Verunreinigung bezeichnet.

In der Darlegung der Reichspolitik im allgemeinen nahmen nun die Vertreter der drei Koalitionsparteien Stellung. Abg. Petersen erklärte, die demokratische Partei sei aus vaterländischen Erwägungen wieder in die Regierungsmehrheit eingetreten. Sie sei bereit, die demokratische Regierung zu unterstützen, aber sie wolle auch ein kräftiges Wort mitreden. Das Kapital solle zu den Lasten herangezogen, aber auch soweit geschont werden, daß nicht das Wirtschaftsleben gefährdet werde. Auch Petersen wandte sich mit bemerkenswerter Schärfe gegen die Rechte. Abg. Scheidemann behandelte seinen Lieblingsgedanken: die Vereinigung der Arbeiterklas- sen gegen die Rechte, wodurch allein die Unbequemlichkeit einer gemäßigten bürgerlich-sozialdemokratischen Regierung vermieden werden könne. In der Frage der Reichswehr geht er mit der Regierung und vor allem mit Roste nicht einig; sie ist ihm verdächtig, da die Offiziere monarchisch und laizistisch orientiert seien. Der Zentrumsgesandte Joos, der aus Arbeiterkreisen hervorgegangen ist, hielt eine scharfe Abrechnung mit den Bucherern und Schiebern, die wirtschaftlich und moralisch die größten Schädlinge sind. Die Koalitionsregierung ist ihm nicht gesinnungs- los, sondern nur Arbeitsgemeinschaft in dem Bestreben, Volk und Vaterland zu retten. — Von der deutschnationalen Partei sprach Graf Pofadowsky-Wehner, ruhig und sachlich, in seiner gewohnten Art. Er sagte, es sei nicht unmöglich, daß die Monarchie in Deutschland wieder komme, wenn die Mehrheit es wünsche, aber die neue Monarchie müßte manches aus dem jetzt Bestehenden übernehmen. Jetzt denke man an keinen 18. Brumaire. (Am 18. Brumaire (Rebelmonat) des Jahres VIII der französischen Revolution d. h. am 9. November 1799 führte Napoleon Bonaparte das Direktorium in Paris an und machte sich zum Ersten Konsul.) Pofadowsky will damit sagen, daß man auf der rechten Seite an keine Diktatur denke. Er wendet sich des weiteren gegen die jüdische Zuwanderung aus dem Osten und gegen das We- terbestehen der Zwangswirtschaft, die ja doch an allen Ecken und Enden umgangen werde. Den Ausweg aus den Schwierigkeiten bietet nur das eigene Sichaufrufen des Volks aus dem Elend und die fleißige Arbeit. — ein Ereignis, das Pofadowsky einem Wunder gleichstellt.

Reichskanzler Bauer (fortfahrend): Die gewerkschaftlichen Grundzüge und nicht minder die finanziellen Mißverhältnisse des Reichs verlangen eine Umgestaltung der vielfach mißbrauchten Arbeitslosenfürsorge. Den entscheidenden Abbau der heutigen Zustände soll uns die Arbeitslosenversicherung bringen. Wenn uns nicht eine Steigerung der Arbeit, vor allem in den Eisenbahnwerkstätten gelingt, dann können wir Kohle und Industrie nicht in einen fruchtbaren Zusammenhang bringen.

Fast überall in der Welt außerhalb unserer Grenzen ist wieder eine Propaganda gegen uns im Werke, die uns den Friedenswillen abspricht und immer Imperialismus und Vertragsbruch in unseren Handlungen und Sprich-

lungen wittert. Den meisten Willkürungen ist die mili- tärliche Institution der Republik ausgelegt, die Reichs- wehr. Wir brauchen heute die Truppen noch zu zwei Zwecken. 1. Um die innere staatliche Ordnung und Ruhe gegen Gewalt aufrecht zu erhalten, und 2. gegen die Vor- wegnahme von Entscheidungen, die nach dem Friedens- vertrag in freier und unbeflüchteter Volksabstimmung über das Schicksal deutscher Landesteile erzielt werden sollen. Wir haben heute noch im Innern rund 200 000 Mann und fast ebensoviel an den östlichen Grenzen ste- hen. Ein Volksheer ist unser Ziel. Und auf was stützt sich nun das Märchen von dem angeblichen deutschen Militarismus? Das Ausland kann sich nicht so schnell hineinsetzen in die Lausche, daß die immer vorhanden gewesene passivistische Gesinnung in Deutschland die Füh- rung an sich gerissen hat. Aber das Schlimmere ist, daß von Deutschland selbst, von rechts und von links, das Bild der Republik gefälscht wird, daß von den Deutsch- Nationalen neuerlich der Eindruck des Erschlaffens des Nationalismus angestrebt wird, während die Unabhängigen sich nicht genug tun können in Verächtlichung der Regierung. Ich erkläre aber mit aller Deutlichkeit und mit allem Nachdruck, es ist unser Bestreben, den Friedensvertrag mit Kräften und in allen Zeilen zu halten und zu erfüllen. Im ganz besonderen Maße gilt dies aber von den militärischen Bedingungen des Vertrags. Wir wollen hinaus aus dem Baltikum mit allen Mitteln. Drei Tage vor Ein- treten des Ultimatums hatte die Reichsregierung bereits die entscheidenden Maßnahmen getroffen und sie der Ent- tente mitgeteilt; dennoch kam das Ultimatum mit der furchterlichen Drohung. Weil außerhalb des Reichs- reichs der Republik, die mit allen Mitteln militärisch ohnmächtig gemacht wurde, Soldaten ihren egoistischen Plänen nachgegangen sind, soll aufs neue der deutschen Frau und dem deutschen Kind das bishigen Fett und Milch abgebroffelt werden, das unser Vaterland außerhalb der Grenzen kaufen kann. So haben wir uns die Aera des Völkervertrags nicht gedacht! Der von dem ganzen Volk so lange ersehnte Rücktransport unserer Kriegsgefangenen hat endlich begonnen. Außerordentlich schnell ist es uns, daß er so geringe Fortschritte gemacht hat.

Ich muß zum Schluß auf den Anteil zurückkommen, den die Deutsch-Nationalen an der Weltver- rüfung haben, die uns auf jedem Schritt hemmt und lähmt. Im Auslande hat man sich jahrzehntelang da- ran gewöhnt, in den Reden der Rechten die für die Reichspolitik maßgebende Stimme zu hören. Das macht ihre Reden, so bedeutungslos sie für den Kurs der Republik auch sind, so überaus gefährlich. Ich frage die Herren von der Rechten: können und wollen sie die Verantwortung für diesen gefährlichen Wahnsinn über- nehmen? Ist es überhaupt noch Politik oder Treu- haus? Eine angebliche Vaterlandsliebe, die sich so äußert, die dem Gegner solche Waffen in die Hand drückt, die darf man nicht frei herumlaufen lassen! Wir dulden nicht, daß anonyme Schmierfinken das deutsche Volk in neue Fährlichkeiten bringen, und seinen Leumund vor der ganzen Welt aufs neue untergraben! Wer sich zu diesen Artikelschreibern und vor sie stellt, der ist für uns ein Feind des deutschen Volks!

Abg. Dr. Petersen (D.D.P.) legt die Gründe der Deutsch-demokratischen Partei dar zu ihrem Wieder- eintritt in die Regierung. Dies sind vor allem vater- ländische Gründe. Redner wandte sich in längerem Aus- fahrungen gegen die Rechte. Wir wollen die demokratische Regierung unterstützen; aber wir wollen auch ein kräftiges Wort mitreden. Jeder politische Streik muß ver- hindert werden. Wir verlangen Schutz gegen jeden Ter- rorkommis. Der Lande muß von unmündigen bürokrati- schen Fesseln befreit werden, die nur zu Umgehungen der Gesetze verleiten. Das Kapital muß herangezogen werden, daß nicht das ganze Wirtschaftsleben unterbun- den wird.

Abg. Scheidemann (S.): In der sachlichen Ver- teilung des Gewaltfriedens besteht keine Differenz zwi- schen Bauer und mir und ebensowenig zwischen den Par- teien dieses Hauses. Ich freue mich, daß die Demokra- tische Partei den Weg zur positiven Arbeit zurückgefun- den hat, auch weil die Regierung vor allem stark sein muß gegen rechts. Die Propaganda der sogenannten Nationalen für das Gestrige ist gefährlich, weil sie Miß- trauen sät. Das Volk muß sehen, daß die neue Demoa- kratie neue Wege öffnet zu neuen Bestrebungen. Der Feind steht rechts. Ich wollte, ich könnte sagen, er steht nur rechts. Wenn sich die Arbeiter erst vereinigen wollen, sobald die monarchistische Gefahr da ist, wird es zu spät sein. Ich richte den dringenden Appell

nach links, die Arbeiter möchten sich nicht selbst ges- teifen, damit die Wahlen eine sozialdemokratische Mehr- heit bringen. Vorläufig verhindern die unabhängigen Führer jede Einigung. Das Mitbestimmungsrecht und das Einspruchsrecht der Arbeiter ist eine Forderung, von der wir nicht abgehen können. Die Soldaten in Ruß- land müssen gehorchen lernen. Die Volksgenossen, die Siegermacht von uns trennt, bleiben doch die unsrigen. Wir verzichten auf gewalttätige Wiedereroberung; aber dafür muß ein anderes Mittel eintreten, die Revision dieses Friedens.

Abg. Graf v. Pofadowsky (D.nat. Sp.): Die zur Regierung vereinigten Parteien sind wunderliche Bett- genossen. Wenn die Wahlen einmal im monar- chistischen Sinne die Mehrheit bringen würden, so wäre die Wiederkehr einer Monarchie nicht unmöglich; aber eine solche Monarchie müßte vieles aus dem jetzt Be- stehenden übernehmen. (Hört, hört!) Die wilde Ein- wanderung aus dem Osten muß aufhören; denn wir können diese Leute nicht ernähren; die Zwangswirt- schaft kann nicht mehr lange aufrecht erhalten werden, denn niemand lehrt sich an ihre Vorschriften. Die Land- wirtschaft läßt an zu ermüden, infolge Leumangels und der ungeheuren Kosten des Strohstoffs und der Futter- mittel. Ihr muß geholfen werden. Von einem einhei- tlichen Steuerplan ist keine Rede. Das Recht der Be- triebsräte, bei Einstellungen und Entlassungen mitzuspre- chen, bedeutet eine untragliche Beschränkung der Rechte des Unternehmers. Wenn wir die Kompetenzen der Na- tionalversammlung so weit ausdehnen wollen, wie die Regierung, so können wir noch 4 Jahre sitzen. Scheut sich die Regierung vor ihrem eigenen Wahlgesetz? Nur ein Wunder kann uns retten: Wenn das deutsche Volk aus eigener Kraft sich sammelt und aufrückt aus seinem Elend.

Abg. Joos (Z.): Die Regierungskoalition ist eine Arbeits- keine Gesinnungsgemeinschaft. Uns eint das Bestreben, Volk und Vaterland zu retten. Mit Gewalt können wir die deutsch-österreichische Frage nicht aus der Welt schaffen. Die Soldaten im Baltikum müssen ge- horchen, denn eine neue Blockade können wir nicht er- tragen. Nach außen müssen wir eine Kulturpolitik treiben, die auf moralische Eroberungen hinausgeht. Unser Nationalgefühl muß gereinigt werden von den Schäden, die ihm noch anhaften. Die Demoralisation ist allge- mein. Wer wie soll den Arbeitern die Lust zum Ar- beiten kommen beim Anblick des schamlosen Zugusses der Bucherer und Schieber? Wie wäre es mit einem zarten Belagerungsstaat und Volksgerichte, nach denen man den Bucherern rücksichtslos und sofort an den Leib könnte? Von dem Parlament muß eine starke sitti- liche Idee ausgehen. Zurück zur Einfachheit!

Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr.

Reichsnotopfer und Friedensvertrag.

In der Nationalversammlung in Weimar ist unlängst bekanntlich die Frage aufgeworfen worden, welche Ge- währ Deutschland habe, daß nicht die Entente auf das ganze Reichsnotopfer die Hand legt und den ganzen Re- nach, unsere Reichsfinanzen wieder in Ordnung zu brin- gen, verteuert. Von Regierungsseite wurde es getabelt, daß der Gegenstand in öffentlicher Sitzung behandelt wor- de, allein die Besorgnis ist, wie das „Hamb. Fremdenbl.“ zutreffend bemerkt, nicht gerechtfertigt; in kaum einer anderen Frage ist unbedingt Klarheit so nötig wie hier. Wir brauchen die Franzosen usw. nicht erst aufmerksam zu machen auf ein Problem, über dem sie selber wie über keinem zweiten brüten, nämlich auf die Frage, wie das deutsche Volksvermögen und in welchem Um- fang es zur Einlösung des Versailler Vertrags heran- gezogen werden kann, ohne daß dadurch der Schuldner, also das Deutsche Reich und seine Länder, Bankrott macht und infolgedessen seine Zahlungsfähigkeit überhaupt ver- liert. Im Mittelwandel dieses Problems steht aber ganz selbstverständlich die Frage der Steuern. Denn was Reich und Länder als solche noch an Vermögen besitzen, ist so geringfügig oder, wie z. B. die Verkehrsanlagen, so unlöslich mit unjermem Land verbunden, daß es für die Entente nicht in Betracht kommt. An sich können wir ja überhaupt nur mit Arbeit zahlen und mit Produkten, für die das Reich dem Inlande gegenüber die Pflicht der Bezahlung übernimmt. Unser entwertetes Geld will das Ausland nicht haben. Zur Deckung also der so emste- henden neuen Inlandschulden haben die Steuern zu die- nen, und so etwa wird sich der große Verrechnungspro- zess gestalten, der das deutsche Volk nach dem Willen des Friedensvertrags zum Lohnarbeiter des Auslands machen soll. Aber hat dagegen die Entente an unseren Steuern wirklich kein unmittelbares Interesse?

Der Artikel 248 des Friedensvertrags bestimmt: „Alle Vermögenswerte und Einnahmequellen Deutschlands und der deutschen Bundesstaaten hatten an erster Stelle für die Bezahlung der Wiederherstellung und alle anderen Verpflichtungen“, die aus dem Friedensvertrag und den Waffensstillstandmachungen erwachsen. Hier wird also ausdrücklich von Einnahmequellen gesprochen. Dazu gehören aber in erster Linie die Steuern. Es paßt also auch das Reichsnotopfer. Aber selbst wenn eine Dation aus Hand gemischt ist, so hat sie doch nur einen Sinn, wenn der Gläubiger berechtigt ist, das Hand einzuziehen. Da aber auf alle Fälle die Entente dem Artikel 248 die richtige Auslegung geben wird, die für sie am vorteilhaftesten ist, so wäre es leicht, den Kopf in den Sand zu stecken und etwa darauf zu vertrauen, daß ja die Entente selber ein Interesse daran habe, daß wir unsere Finanzen in Ordnung bringen, damit wir zahlungsfähig bleiben.

Das Reichsnotopfer soll zur Tilgung unserer inneren Schulden dienen. Seine Größe aber bringt es mit sich, daß trotz der in Aussicht genommenen dreijährigen Abzahlung der jährliche Arbeits- und Einkommensbeitrag nicht ausreichen wird, sondern daß in vielen und vielleicht gerade den ertragreichsten Kreisen Vermögenswerte selber ganz oder teilweise in den Besitz des Reichs übergehen werden, was wiederum zur stärkeren Beteiligung des Reichs an den wirtschaftlichen Unternehmungen führt und praktisch in der Richtung der Sozialisierung liegt. Alles was in den öffentlichen Besitz übergeht, und damit zugleich dem unmittelbaren Zugriff der Entente ausgesetzt wird, und das gilt auch vom Reichsnotopfer, bringt wichtige Vermögensbestandteile, die bisher als Privateigentum der Entente nicht zugänglich waren, in die Gefahr, von der feindlichen Wiedergutmachungskommission beschlagnahmt zu werden, sobald das Reich auf Grund des Notopfergesetzes einen Anspruch auf sie hat. Wenn von Regierungsseite eingewendet wurde, daß die Erhebung des Reichsnotopfers d. h. die Vermögensabgabe logisch eingeleitet werde, sobald es sich zeigt, daß die Entente die Hand darauf legen wolle, so ist dagegen zu sagen, daß es nicht auf die Durchführung der Vermögensabgabe ankommt, sondern darauf, ob das Reich einen gesetzlichen Anspruch auf die Vermögensentziehung hat. Sobald der gegeben ist, würde die Entente nötigenfalls die Durchführung schon erzwingen, soweit sie ein Interesse daran hat. Mit anderen Worten, es handelt sich darum, nicht die Durchführung der Vermögensabgabe, sondern die Beschlußfassung der Nationalversammlung darüber von der vorher zu ermittelnden unzweideutigen Stellungnahme der Entente abhängig zu machen.

Es muß also eine bestimmte vertraglich bindende Erklärung, wie die Entente sich zu der durch das Reichsnotopfer geplanten Abbildung der inneren Reichsschuld stellt, herbeigeführt werden. Und zwar muß diese Erklärung oder dieser Vertrag mit größter Bestimmtheit erzielt werden. Also wir brauchen raudisch Gewißheit darüber, wie die Entente den Artikel 248 des Friedensvertrags auslegt. Behält sie sich das Recht vor, Vermögenswerte zu beschlagnahmen, auf denen ein steuerlicher Anspruch des Reichs liegt, so fällt damit selbstverständlich das ganze Reichsnotopfer in seiner bisherigen Form. Darüber hinaus aber muß auf alle Fälle das Reichsnotopfer eine Form erhalten, die es dem Steuerzahler ermöglicht, seinen Anteil in häufigen Zahlungsmitteln abzutragen, statt durch Übertragung der Vermögenswerte selber, einerlei, worin sie bestehen, auf das Reich. Denn darüber dürfen wir uns keinesfalls irgend welchen Illusionen hingeben: was einmal aus dem Privatbesitz in den öffentlichen Besitz übergegangen ist, das ist vor dem Zugriff der Entente nur so weit sicher, als sie keine Verwendung dafür hat.

Neues vom Tage.

Anschlag auf den Abgeordneten Haase.

Berlin, 8. Okt. Als der Abgeordnete der Nationalversammlung Haase (Unabh.) heute mittag nach 1 Uhr in das Reichstagsgebäude eintreten wollte, gab ein Mann sechs Revolverkugeln auf ihn ab. Haase wurde am Unterleib, im Oberkörper und am Hinterkopf verletzt. Der verhaftete Täter gab an, er heiße Johann Vogl, sei ein Lederarbeiter aus Wien und 51 Jahre alt. Ueber die Beweggründe zur Tat sprach er sich nicht aus.

Die bayerische Gesandtschaft beim Vatikan.

München, 8. Okt. Nach der Ansicht der Berliner Kreise könnte die bayerische Gesandtschaft beim Vatikan, sofern sie beobachtet werden sollte, nur für rein kirchliche und religiöse Fragen in Betracht kommen, nachdem das Reich eine eigene Gesandtschaft beim Vatikan errichtet hat. Demgegenüber wird in München amtlich darauf hingewiesen, daß Bayern nach der Reichsverfassung das Recht zustehe, beim päpstlichen Stuhl eine Gesandtschaft zu haben. Die Frage der Beobachtung der bayerischen Gesandtschaft sei daher nicht vom Reich zu entscheiden.

Die thüringische Frage.

Altenburg, 8. Okt. In der Altenburger Landesversammlung wurde ein Antrag eingebracht, der den Zusammenschluß von 8 thüringischen Staaten, außer Korbura und Meiningen, anstrebt. Obwohl die sozialdemokratische Partei, die absolute Mehrheit, die Vorlage bekämpft, stimmte sie doch der Kommissionsberatung zu, weil die Volksstimmung für einen Anschluß Thüringens an Preußen und gegen die Schaffung eines thüringischen Kleinstaats ist. Die Landesbeamten fordern in einer Eingabe an die Landesversammlung die Ablehnung der Vorlage oder Volksabstimmung darüber.

Lohnbewegung.

Königsberg i. Pr., 8. Okt. Wegen Lohnforderungen sind die Arbeiter des Elektrizitätswerks, die Transportarbeiter und die in der Binnenhäufigkeit beschäftigten Schiffsführer, Feizer, Maschinenisten und Matrosen in den Ausstand getreten.

Brate (Osbensburg), 8. Okt. Kommunistische Seelen te verübten das Auslaufen von Fischdampfern.

Berlin, 8. Okt. In der Vollversammlung der Arbeiterräte von Groß-Berlin kam es zu einem ersten Streit der Unabhängigen und der Kommunisten, weil die Umgestaltung der Gewerkschaften zu Kampforganisationen abgelehnt wurde.

Der Frieden mit Ungarn.

Paris, 8. Okt. Der Friedensvertrag mit Ungarn setzt die neue ungarische Grenze folgendermaßen fest: Sie folgt im Norden auf einige Entfernungen der Donau, dann einer westlichen Linie, die noch genauer zu bestimmen ist, und die ungefähr von Preßburg nach Komorn geht. Vom großen Donaukurve an nimmt sie Richtung Nordosten, folgt Marra und gewinnt in Marmarost-Siget den gemeinsamen Grenzpunkt Ungarns, der Tischei-Siemakel und Rumaniens. Alles nördlich dieser Linie gelegene Gebiet wird der Tschechoslowakei abgetreten. Im Osten zieht sich die Grenze nordwärts von Marmarost-Siget an den Maroz, östlich von Debreczin, westlich von Araden Mare östlich von Fichis Giaba, um den Maroz bei Nagylek. Im Süden folgt sie dem Maroz bis Walo, erreicht bei St. Jwa die Theiß, der sie bis zu ihrem alten Bett folgt in ostwestlicher Richtung und zieht sich nördlich der Drau entlang bis nach Radkersburg, der Dreiländergrenze zwischen Südslawien, Oesterreich und Ungarn. Endlich im Westen wird die Grenze so, daß Debenburg nach Oesterreich fällt. Durch diesen Vertrag wird Ungarn die Form eines Reiches annehmen, dessen mittlere Länge 400 Kilometer beträgt; seine Bodensfläche beträgt 140 000 Quadratkilometer und die Bevölkerung 10 Millionen See-

ten. Es verliert einen größeren Gebietsstück, als es 66-185 000 Quadratkilometer beträgt. Ebenso wird es un- hält, da die Bodensfläche, die ihm weggenommen wird, ca. gefähr die Hälfte seiner Einwohner verlieren.

Brennstoffnot in Frankreich.

Paris, 8. Okt. (Havas.) Die Brennstoffnot beschäftigt mehr denn je die öffentliche Meinung und die Presse. Transportdirektor Wallon versicherte den Gemeinderäten, daß hinsichtlich der Zufuhr in zwei Wochen eine Besserung eintreten werde.

Paris, 8. Okt. Nach Meldungen aus Lissabon ist dort ein Generaistreik ausgebrochen.

1 Milliarde Streikverlust.

London, 8. Okt. Der frühere Arbeitsminister Clynes erklärte, der Streik, den England durch den Eisenbahnstreik erlitten habe, sei auf 50 Millionen Pfund Sterling zu schätzen. Die Eisenbahner haben viel Sympathie im Lande verloren.

Der Krieg im Osten.

Paris, 8. Okt. Nach dem „Echo de Paris“ hat sich General Mangin, der Bruder des Oberkommandierenden von Mainz, in besonderem Auftrag zu General Devisin begeben.

Venin und Trozki.

Helsingfors, 8. Okt. Aus Riga laufen Nachrichten über schwere Unruhen in Moskau ein. Venin soll die Verhaftung Trozki befohlen haben, Trozki habe aber die Oberhand gewonnen und Venin verhaften lassen.

Bestätigung des Friedensvertrags in Amerika?

London, 8. Okt. Die „Times“ meldet, der amerikanische Senat wolle bis 25. Oktober den Friedensvertrag und bis 30. November den Völkervertrag bestätigen.

Belagerungszustand in Amerika.

Washington, 8. Okt. In verschiedenen Städten verursachten die streikenden Stahlarbeiter schwere Unruhen. Die Regierung hat über diese Städte den Belagerungszustand verhängt.

Ein Anschlag der Regier.

Amsterdam, 8. Okt. Nachrichten aus Elena (Kaukas) zufolge enthüllten dort verhaftete Regier, daß der Plan bestand, einen Aufruhr der Regier anzufachen und die Weissen zu ermorden. In einer Schule in Arcanajak wurden 50 000 Patronen bereit gehalten.

Amthliches.

Oberamt Nagold.

Regelung des Fremdenverkehrs.

„Laut Verfügung des Württ. Ernährungsministeriums vom 30.9.19 dürfen ortsfremde Personen auch nach dem 30. Sept. 1919 in Heilbäbern, Auroren und Erholungsplätzen für mehr als drei Tage nur mit der im einzelnen Falle zu erteilenden vorgängigen schriftlichen Genehmigung des Vorstands des Kommunalverbands (Oberamtmanns) Aufenthalt nehmen und von Inhabern von Gaststätten beherbergt werden.“

Vom 1. Okt. d. J. ab hören die Sonderbewilligungen des Reichsernährungsministeriums für den Fremdenverkehr auf, es fallen somit alle Sonderzuweisungen für den Fremdenverkehr von diesem Tage ab weg. Mit Rücksicht hierauf und angesichts der derzeitigen Wirtschafts- und Ernährungsverhältnisse ist daher vom 1. Okt. ab für einen weiteren Fremdenverkehr zu Kur- und Erholungswecken außer für wirklich Kranke und Erholungsbedürftige im enghen Sinne kein Raum mehr.

Ortsfremde Personen haben, wenn sie von außerhalb Württembergs kommen, mit dem Antrag um Gewährung des Kurortenscheins zugleich die in § 2 der Verfügung des Ministeriums des Innern vom 3. Mai 19 über Beschränkung

Bermischtes.

Kokainismus.

Die Tango und Förtrott ist als weitere Segnung auf Amerika auch der Kokainismus bei uns eingezogen. Er hat schon einmal ein Arbeiterbrot ruiniert, die Peruaner, die zur Steigerung ihrer körperlichen Leistungsfähigkeit die Abkämpfung hemmender Ermüdungs- und Dämpfungsfühle das Kokain seit Inka-Zeiten kauten. Als Genussmittel breiterer Schichten ist Kokain bei uns bisher nicht gefährlich geworden, in Konkurrenz mit dem Bittern und uns angepöbelten Alkohol kam Kokain nicht auf. Nur die Kreise, die Alkohol und Morphin schon absolviert hatten, fanden im Kokain noch neue Reize. Der Rassenverrach der englischen und amerikanischen Opiumpolitiken arbeitet aber der Kokainsucht zweifelslos hart vor.

Kokainismus ist schlimmer als Morphinismus, denn das Gift wirkt außer am Großhirn, wo man es wünscht, noch intensiv am Eingeweide-Nervensystem und ruiniert bei fortwährendem Gebrauch beides. Wie der Morphinismus ist er teuer; die Mengen, die zur Erzielung der jeweiligen Wirkung genommen werden müssen, wachsen fortwährend, so daß Kokainisten bis zu 30 Gramm pro Tag konsumieren. Der unheilvolle Endzustand ist der des körperlichen und geistigen Siechtums, mit schwerer unheilbarer Schlaflosigkeit, Gedächtnisstörungen und Verwirrheitszuständen. Die Entziehung ist noch unsicherer als die bei Morphinismus.

In Berlin soll gegenwärtig das Kokainschnupfen grassieren, in anderen Großstädten wird es nicht viel anders sein; in einem leidlich öffentlichen Schleichhandel soll das Kokain zu 5 Mark das Gramm leicht erhältlich sein. Uebrigens kein schlechtes Geschäft, denn das Gramm Kokain kostet nach der Arzneitaxe selbst in der Apotheke nur 80 Pfennig und beim Großhändler etwa die Hälfte. Konsumenten sind wohl vorerst die Bediensteten der „feinen“ Lokale, wie auch im „Seren“ von Paris, dem Mond-

saarte, dem größten Abgabebiet des illegalen Kokainhandels. An diesen Leuten liegt ja nichts und wenn sie sich mit Kokain selbst austrotten wollen, desto besser. Groß aber ist die Infektionsgefahr gegen breitere Schichten des Volkes. Die gegenwärtige politische Psychose der Masse, ihre gute Zahlungsfähigkeit, der Mangel des sonst das menschliche Veranlagungsbedürfnis in erträgliche Bahnen leitenden Alkohols schaffen den gefährlichsten Boden für eine epidemische Ausbreitung des Kokain-Lasters. Was tun? Aufklärung wird wohl nicht von großem Werte sein, nur ein streng durchgeführtes Verbot der Kokain-Produktion kann wirken. Man wird sagen: Kokain ist Medikament und darf nicht verboten werden. Der Einwand ist nicht stichhaltig. Gerade unsere von der gesamten Entente so emsig behohlene pharmazeutisch-chemische Industrie hat uns gelehrt, sich vom Pflanzenstoff Kokain und damit dem Kokain-Import unabhängig zu machen. Wir machen eine Reihe von chemischen Kopien des Kokains, die in vollem Maße die Heilwirkung des Kokains haben, aber untauglich sind, seine Genussmittelwirkung zu geben. Die Medizin erleidet also keinen Schaden, wenn es kein Kokain mehr bei uns gibt. Auch unsere Wirtschaft nicht. Die Koka-Plantagen deutscher Firmen in den Tropen sind von der Entente „erobert“, der Import des Rohmaterials vom Ausland wird aus Balutagründen so teuer werden, daß sich die Kokainfabrikanten — es sind übrigens nur wenige — ohnehin umstellen müssen. Dafür können sie das Gebiet der synthetischen, medizinisch brauchbaren, als Genussmittel aber wertlosen Verwandtschaft des Kokains mit besonderer Energie hüten; sie schaffen wertvolles Exportmaterial aus dem Nichts des Teers und des Luftsalpeters und überlassen den Kokainismus — den anderen Völkern.

Der neue Amor. Kürzlich las man eine Zeitungsanzeige, in der ein männliches Individuum Verbindung mit einer angenehmen jungen Dame von hübschen Antlitz und schöner Seele zum Zweck sonntäglicher Ausflüge und anderer gemeinsamer Annehmlichkeiten suchte. Das wäre eine alte Geschichte. Neu aber war der mit zwei Wort-

zen angefügte lakonische Schlusssatz: „Getrennte Kaffe!“ Krallen Trieben geistlich hier alternativer Vorbehalt. Offenbar hat man es dabei nicht mit einem belanglosen Einzelfall zu tun, sondern mit einer Erscheinung aus dem Geiste unserer Zeit. Denn eben finden wir in einer Schweizer Zeitung folgendes herzhafte „Eingewandt“: „Die tanzende Damenwelt soll selbst bezahlen. Die Revolution hat uns gleiche Rechte für Mann und Weib gebracht. Infolgedessen fordern wir die jungen Leute von Schwärmer, die Damen in Zukunft nicht mehr frei zu halten. Warum sollen wir männlichen Arbeiter, die wir das Weib mit unseren Händen verdienen müssen, an einem Sonntag 3 bis 4 Mark verlangen, vielleicht eine Flasche Wein und anderes spendieren, um uns den Damen gegenüber als Kavaliere zu zeigen? Wenn die Damen gewillt sind, sich Sonntags mit uns zu amüsieren, dann sollen die Kosten zu gleichen Teilen getragen werden. Wie kommen wir zu diesem Vorrechte, da wir unser Geld im Schweisse unseres Angeichts verdienen müssen? Daher Sonntagsparole für die Damen: Geldebörsen lockern, andernfalls das Zuhausebleiben dringend empfohlen wird. — Diese Schweizer junge Leute, die zur Vernunft gekommen sind.“

Es wird sich ja zeigen, wie die jungen Damen sich zu diesem neuen Amor stellen, der statt der Sehne seines Liebesbogens die Schnur an seinem Gelbbeutel anzieht. Die „zur Vernunft gekommenen“ jungen Schwärmer dürften zur Einsicht gelangen, daß Vernunft und Tanzvergnügen, Dekonomie und Liebe nicht denselben Geseßen folgen.

„Der Werdend.“ Ein hübsches Reiseabenteuer wird dem „Tagl. Corr.“ aus dem südschönen Erzgebirge erzählt: „Wir warteten und warteten; das Bahnhaf kam nicht; schließlich sagte ich mir: Nun und stellte den Mann mit der roten Mütze. „Ja, der Zug hat von der Gränge her Wpörung.“ „Na, nicht! Ich ein abladende! Mein Berliner las Gespäch, „bei's hoch'n Schandhaal die Leute hier solange warten zu lassen!“ Mein Casse sah den Mann ein wenig von der Seite an, dann entzang sich langsam dem Gehege seiner Züge: „So, mein Kuder, ein moir' n'ag'n Sie, daß m's ag'ullig d' Werdend, was ham? Die la Se nämlich kriegt net eingerkletzt! Mein Freund aus Berlin ist keinen Schauer wurd.“



des Zuzugs nach Württemberg vorgeschriebene Bescheinigung der Ortspolizeibehörde des in Aussicht genommenen Aufenthaltsortes über die Zulassung zum Zuzug dem Oberamt vorzulegen.

Auch hat sich jeder Nichtwürttemberger, der sich in Württemberg aufhält, nach einer Verordnung der provisorischen Regierung vom 18. Jan. d. J., Reg. Bl. S. 50, durch einen Pass oder Paßerlag nach dem Muster im Reichsgesetzbl. 1916 S. 609 über seine Person auszuweisen. Die Genehmigung zum Ausrückenschein darf nur erteilt werden:

- Militärpersonen, die zu Kur und Erholungszwecken beurlaubt sind und hierüber einen schriftlichen Ausweis ihrer vorgesetzten Dienststelle vorlegen;
- Kriegsbeschädigten, deren Militärpapiere die Notwendigkeit eines Ausrückenscheins an dem in Aussicht genommenen Aufenthaltsort hinreichend erweisen;
- Personen, die aus der Kriegsgefangenschaft im Laufe dieses Jahres heimgekehrt sind;
- Stadtkinder und Jnanamanden, die auf das Land überwiesen sind, sowie Personen, die nachweislich von Organen der reichsrechtlichen Versicherungen, von Behörden und auf Kosten von Krankenkassen zu Kur- oder Erholungszwecken untergebracht sind;
- wirklich Kranken und Hilfsbedürftigen, deren Aufenthalt nach amtärztlichem Zeugnis durch eine dringende gesundheitliche Notwendigkeit begründet ist. Dabei kann der Vorstand des Kommunalverbands durch den für den Bezirk zuständigen Amtsarzt oder einen hierzu bestellten, bei anderen Vertrauensarzt nachprüfen lassen ob und inwieweit eine dringende, gesundheitliche Notwendigkeit für den Aufenthalt vorliegt oder fortbauert.

Die Genehmigung kann an Bedingungen geknüpft werden, sie ist jederzeit widerruflich. Von dem Widerruf ist insbesondere Gebrauch zu machen bei unrichtigen Angaben anlässlich der Einholung der Genehmigung, bei Verletzung der gestellten Bedingungen, bei einem den Zeitverhältnissen nicht entsprechenden, Anergern erregenden Verhalten der Fremden, bei Zuwiderhandlung gegen die kriegswirtschaftlichen Vorschriften (Ankauf von Lebensmitteln, Hausrat) und dergl.

Einer Ausrückenschein genehmigung bedarf es nicht für Personen, die bei ihren nächsten Angehörigen — Ehefrauen, Eltern, Großeltern, Kindern, Enkeln und Geschwistern — einen geistlich beherbergt werden.

Den 6. Oktober 1919. Oberamt: G. d. S. A. B.

Landesnachrichten.

Altensteig, 9. Oktober 1919

Verkehr mit Wein. Das württ. Ernährungssanktionarium hat über den Verkehr mit Wein eine Reihe von Bestimmungen getroffen, durch die insbesondere auch die Höchstpreisfrage geregelt wird.

Vor dem Zusammenbruch unserer Fleischversorgung? Das Dorfmarbacher Stadtwirtschaftsamte erhielt von der Viehsammelstelle Würzburg folgende Mitteilung: „Infolge ganz ungenügender Viehhaltung ist es uns leider auch in dieser Woche nicht möglich, Schlachtvieh zu schicken. Die Freigabe der Häute einerseits und die zunehmende Zerrüttung der öffentlichen Ordnung andererseits werden voraussichtlich in Kürze zum vollkommenen Zusammenbruch der Fleischversorgung führen.“

Die Beschränkung des Fremdenverkehrs. Die bayerische Regierung hat verfügt, daß in Bayern vom 1. Oktober ab nur noch 30 v. H. der Fremdenbetten belegt werden dürfen. Diese Einschränkung des Fremdenverkehrs hatte in den Kreisen des Verkehrs reisender Kaufleute die Befürchtung erweckt, daß es dem reisenden Kaufmann kaum noch möglich sein werde, in den bayerischen Hotels ein Unterkommen zu finden. Der Verband hat die bayerische Regierung ersucht, dafür zu sorgen, daß für die reisenden Kaufleute in allen Hotels eine Anzahl Zimmer freigehalten würden. Der Verband erhielt nun vom Staatsministerium für Landwirtschaft die Antwort, daß sich die Einschränkung des Fremdenverkehrs nur auf jene Personen beziehe, die zur Kur oder Erholung in Heilbädern, Kurorten und Erholungsplätzen sowie in Orten mit weniger als 6000 Einwohnern Aufenthalt nehmen wollten. Auf Personen, die, wie die reisenden Kaufleute nur ihres Berufs wegen reisen und in einem solchen Orte Aufenthalt nehmen wollen, beziehen sich die Vorschriften nicht.

Glatten, 8. Okt. (Betriebs Einstellung des Heberlandwerks.) Das Elektrizitäts Heberlandwerk Glatten-Weitenburg macht bekannt: Das vollständige Ausbleiben der Kohlen über mehrere Wochen und niedriger Wasserstand zwingen uns, bis auf weiteres zur vollständigen Einstellung der Stromlieferung. Wam und in welchem Umfang die Versorgung mit Licht und Kraft wieder aufgenommen werden kann, hängt von der Kohlenzufuhr ab.

Stuttgart, 8. Okt. (Tagung des württ. Volksschullehrer-Vereins.) Im Festsaal der Piederhalle tagte gestern bei starker Beteiligung die Hauptversammlung des württ. Volksschullehrervereins. Der Vorsitzende, Mittelschulr. Döfler-Stuttgart, gedachte in seiner Begrüßungsansprache der gealterten und der gefangenen Kollegen. Kultminister Schumann, der die Versammlung im Namen des Kultministeriums und des evangelischen Oberkirchenrats begrüßte, teilte u. a. mit, daß die württ. Unterrichtsverwaltung ein neues Schulgesetz in Vorbereitung habe, das die Beaufsichtigung des Religionsunterrichts, die Abschaffung der Schulpatronate, die Umgestaltung der Orts- und Oberschulräte in die

Reihe setze. Der Lehrerschaft werde Gelegenheit gegeben, zu dem Entwurf sich zu äußern. Auch eine bessere Entlohnung für Erteilung des Abteilungsunterrichts sei vorgesehen. Direktor Bäuerle hielt einen Vortrag über die Forderungen der Zeit und die Schule. Hauptlehrer Maier-Gannstatt behandelte die Frage der Selbstverwaltung der Schule. In einer Entschließung wird das Weimarer Schulkompromiß scharf bekämpft und die sofortige Bildung von Lehrerräten auf gesetzlicher Grundlage gefordert. Der Verein wird künftig den Namen Württembergischer Lehrerverein führen und seine Vereinszeitschrift „Die Volksschule“ als Württ. Lehrerzeitung wöchentlich erscheinen lassen.

Stuttgart, 8. Okt. (Nachwehen zum Generalstreik.) Vor der Strafkammer begann gestern die Verhandlung gegen den Schlosser Karl Großhans wegen Beamtenabdrückung. Er hatte während des Generalstreiks am 5. April in einer Versammlung der Gas- und Elektrizitätsarbeiter in Dintelackers Saalbau aufgefordert, den Streik solange fortzusetzen, bis die Regierung die Forderung der bekannten 4 Punkte bewilligt habe. Der Angeklagte erklärte, wenn die Regierung damals auch nur Verhandlungen mit den Streikenden angeknüpft hätte, wäre der Generalstreik an einem Tag beendet gewesen. Der Bürgererrat habe aber die Regierung gezwungen, die Forderungen der Arbeiter nicht anzuerkennen. Der Staatsanwalt wies darauf hin, daß das Verbot im vorliegenden Fall eine Entscheidung von grundsätzlicher Bedeutung zu treffen habe, nämlich die, ob der politische Streik als Kampfmittel erlaubt sei. Nach seiner Ansicht sei der Generalstreik das Mittel gewesen, mit dem man auf die Regierung gedrückt habe, um sie zu einer Amtshandlung zu veranlassen, nämlich die geforderten vier Punkte zu erfüllen. Der Angeklagte habe mit einer solchen Handlung gegen den Inhalt des Par. 118 R.-Str.-B. verstoßen. Der Streik sei als Druckmittel nur dem Arbeitgeber gegenüber erlaubt. Er beantrage eine Strafe von 6 Monaten Gefängnis. Die Verteidigung betonte vor allem, daß heute die Erfüllung der politischen Forderungen wirtschaftliche Wirkungen nach sich ziehe. Die Verurteilung des Angeklagten erfolgt am 14. Oktober, nachmittags 5 Uhr.

Füßingen, 8. Okt. (Der frühere Kronprinz Georg.) Im neuen Semester wurde der frühere Kronprinz Georg von Sachsen unter dem Namen eines Grafen von Kobersberg immatrikuliert. Er ist der forsbetragenden kath. Studentenverbindung Guesalia beigetreten.

Altdorf, 8. Okt. (Im Kloster.) Der jüngste Sohn des Herzogs Albrecht von Württemberg, der am 12. März 1888 geborene Herzog Karl Alexander, ist in den Benediktinerorden in Beuron unter dem Namen Bruder Karl eingetreten.

Bermischtes.

Ver schwunden. Das Reichsrechnungsjournalist laut „Mannh. Tagbl.“ einen Oberleutnant v. R. Tilling vom Feldart. Regt. 14 (Karlsruhe), der zuletzt der Wirtschaftsabteilung der Bevollmächtigten des preuss. Kriegsministeriums für den Kaukasus zugeteilt war, am 13. Nov. 1918 zum Rücktransport der deutschen Kriegsgefangenen einen Vorschuß von 403 000 Mark erhalten hat. Die Abrechnung darüber ist noch nicht vorgelegt.

Selbstmord aus Gram. In Halberstadt warf sich der frühere Oberst Groner vor den Schnellzug und ließ sich überfahren. In einem zurückgelassenen Brief schreibt er, er könne die Schmach des Vaterlands nicht überleben.

Luftfahrt Berlin—Stockholm. Das Luftschiff „Rodenster“ hat am Mittwoch früh seine erste Fahrt von Berlin nach Stockholm mit 21 Reisenden, darunter Graf Douglas, der Oberhofmeister der Königin von Schweden, angetreten.

Die Handgranate. In Weljow (Marsch) schenkte ein vom Militär entlassener junger Mann auf ein Mädchen, das auf einer Grube beschäftigt war, einige Handgranaten. Sechs Personen, darunter der Täter, wurden getötet, 15 schwer und 6 leicht verletzt.

Schweres Eisenbahnunglück. Bei Pareji (Mexiko), zwischen Venegas und Saltillo, entgleiste ein Eisenbahnzug. Es wurden 60 Personen getötet und zahlreiche verwundet.

Handel und Verkehr.

Altensteig, 9. Okt. (Schweinemarkt.) Auf den gestrigen Schweinemarkt waren zugeführt: 56 Stück Käufer Schweine und 162 Stück Milchschweine. Die Preise gingen zurück. Es galten Käufer Schweine 135—162 Mk., Milchschweine 70—120 Mk. pro Stück.

Calw, 8. Okt. (Obstpreise.) Die Preise für Obstbäume gehen zurück. Es werden im allgemeinen 12 bis 15 Mk. für den Bentner bezahlt.

Stuttgart, 7. Okt. (Hilfskornmarkt auf dem Charlotterplatz.) Neu zugeführt 1000 Stück; Preis im Kleinverkauf 12—18 Mk. für 1 Bentner.

Ludwigsburg, 7. Okt. (Schweinemarkt.) Zufuhr 153 Milchschweine; verkauft 120 Milchschweine, Preis für 1 Stück 75—150 Mk. Der Verkauf ging heute nur langsam von Ratten.

Mutmaßliches Wetter.

Die Luftdruckverteilung hat sich nicht wesentlich geändert. Am Freitag und Samstag ist immer noch veränderliches, aber in der Hauptsache trockenes Wetter zu erwarten.

Herbstnachrichten.

Stuttgart, 8. Okt. (Der Weinmarkt.) Der Weinmarkt wird die Weinlese am 13. beginnen. Die Menge wird hinter der letztjährigen zurückbleiben, so daß man die zum Verkauf kommende Menge auf 400 Hektoliter nach 300 und 1500 in den beiden letzten Jahren schätzte. Der Weingärtnerverein wird ebenso nur 300 statt 600 Hektoliter bekommen.

Bienheim, 8. Okt. (Die Weinlese.) Dieser Tage wurde der erste Eimer Portugieser zu 1200 Mk. und 15 Prozent Qualitätszuschlag verkauft. Auch in Puffen sind erste Weinläufe zu 1100 und 1200 Mk. abgeschlossen worden.

Altdorf, 8. Okt. (Die Weinlese.) Mit der Lesse des Frühgewächses wurde gestern begonnen. Quantum schätzte zurück, Qualität verspricht sehr gut zu werden. Viel bestellt, aber ohne festen Preis.

Stuttgart, 7. Oktober. Mit der Weinlese wurde gestern begonnen. Ende dieser Woche kann Weinmost gelöst werden.

Letzte Nachrichten.

SA. Saarbrücken, 9. Okt. Die französische Militärbehörde teilt mit: Am Montag begann ein Ausstand in Bülklingen, anscheinend hervorgerufen durch die Lebensmittellieferung. Gestern Morgen hat sich der Streik auf die Eisenbahn und verschiedene Werke von Saarbrücken und Umgegend ausgedehnt. Eine große Kundgebung von Streikenden hat in Saarbrücken stattgefunden. Einige Arbeiter, die verhaftet worden sind, wurden wieder freigelassen. Leider ist es auch im Laufe des gestrigen Tages mehrfach zu Ausschreitungen und Plünderungen von Läden und Geschäften gekommen, an denen jedoch den Ausständischen nicht die Schuld beizumessen sein dürfte. — Die „Saarbrücker Zeitung“ gibt als erste Ursache des Streiks die Verhaftung zweier Vertrauensleute der Hauptwerkstätte Saarbrücken-Burbach an.

SA. Saarbrücken, 8. Okt. General Anblauer erläßt durch Rautenschlag eine Proklamation in der es heißt: Seit 4 Uhr nachmittags finden Unruhen in den Straßen Saarbrückens statt. Nach eingegangenen Nachrichten soll morgen das ganze Saargebiet streiken. Zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung verhängt der General als oberster Verwalter des Saargebietes zunächst den Besetzungszustand über das Saargebiet. Weitere Maßnahmen werden in Kürze getroffen werden.

SA. Berlin, 9. Okt. Unter der Überschrift „Ein unpolitischtes Attentat“ legt der „Vorwärts“ die ungeheure Zurechtweisung, die die Nachricht von dem Attentat auf Haase gestern in der Nationalversammlung hervorrief, letzte sich erst, als bekannt wurde, daß die Verletzungen Haases unbedeutend seien und daß dem wahren Sachverhalt kein politisches Motiv zu Grunde lag. Die menschliche Teilnahme für das Opfer des Ueberfalls wurde dadurch nicht vermindert, zumal Haase auch bei seinen politischen Gegnern Achtung und Sympathie genießt. Aber die Entpolitisierung dieses Zwischenfalls bedeutet zugleich seine Entkräftung und darum eine Entlastung für alle, die das Volksleben auf die Bahn einer gewaltlosen inneren Entwicklung gelenkt zu sehen wünschen.

SA. Berlin, 9. Okt. Die demokratische Fraktion der Nationalversammlung hat gestern v. Bayer wieder zum Vorsitzenden gewählt. Zum zweiten Vorsitzenden wurde Petersen, zum dritten Hartmann aussersehen.

SA. Berlin, 9. Okt. In Elsfß Bohringen finden, laut West. Ztg. neuerdings wieder Waffenausweisungen statt.

SA. Berlin, 9. Okt. Die durch die Kohlennot verursachte so wierige Verkehrslage Deutschlands droht sich zu einer Kartoffelkatastrophe anzuschwächen. Es fehlt an Verkehrsmitteln, um die Kartoffeln, wie der Vorwärts schreibt, rechtzeitig, noch bevor die Preise einsehen, nach den Städten zu bringen.

SA. Berlin, 9. Okt. Im Selsktrücker Kohlengebiet trafen Arbeitervertreter aus Süddeutschland ein, um, laut Volkischer Zeitung, festzustellen, ob es Lauscha ist, daß dort große Brennstoffmengen lagern, die wegen Transportchwierigkeiten nicht abbeidert werden können, während in Süddeutschland eine große Zahl von Betrieben aus Mangel an Kohlen still liegt.

SA. Bess, 8. Okt. Das ukrainische Pressebureau meldet aus Rom: Alle Bemühungen der ukrainischen Regierung, den Kampf mit Denikin zu verhindern, sind gescheitert. Die ukrainischen Truppen wurden von russischen Freiwilligen überfallen, worauf die ukrainische Regierung Denikin den Krieg erklärt hat.

Berlin, 8. Okt. (Privattelegramm.) Wie der Vorwärts meldet überflogen in Aachen am letzten Freitag deutsche Besatzungstruppen die Bureaus einzelner Gewerkschaftsverbände und verhafteten die Angestellten. Hierauf wurde in dandlicher Weise eine Hausdurchsuchung vorgenommen, bei der aus fast allen Bureaus die Kassenscheine verschwanden. Angeblich handelt es sich bei der Hausdurchsuchung um die Suche nach bolschewistischen Schriften.

SA. Berlin, 8. Okt. Das heute früh 5.30 Uhr in Staaken aufgestiegene Luftschiff „Rodenster“ landete um 1 Uhr glatt in Stockholm, wofür die Postagiere und trat um 2 Uhr die Rückfahrt an und wird um 10 Uhr abends in Staaken erwartet.

SA. Gelfstufors, 8. Okt. Die letzten bolschewistischen Besätze geben erheblich kriegserfolge Misserfolge sowohl im Norden als auch in der Ukraine, in Westsibirien und bei Danaburg zu.

SA. Rotterdam, 8. Okt. Der Dampfer Bosphorus ist gestern Abend aus New York mit 1263 deutschen Kriegsgefangenen und 326 ausgewiesenen Deutschen in Rotterdam eingetroffen. Die Weiterreise mit der Bahn erfolgt heute.

Druck und Verlag der W. Neumann'schen Buchdruckerei, Altensteig für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Kauf.

Brennholzverkauf.



Die Gemeinde bringt am
Samstag, den 11. ds. Mts.
nachm. 2 Uhr auf hiesigem Rathaus
aus Gemeindegeld Enzwald

103 Raummeter Brennholz

zum Verkauf. Liebhaber sind eingeladen.
Den 8. Oktober 1919.

Gemeinderat.

= Aufruf! =

Die öffentlichen Bekanntmachungen zur **Ablieferung und Anzeige beiseite geschafften Heeresguts** haben bisher schon große Erfolge gezeitigt. Trotzdem befinden sich noch bedeutende Mengen von Heeresgut in unrechtmäßigem Besitz. Es ergeht aufs neue die Aufforderung an die gesamte Bevölkerung zur Wiedererfassung des entwendeten Heeresguts beizutragen.

Heeresgut ist Volksgut! Helft alle mit zu seiner Wiedererfassung! Das Landesverwertungsamt zahlt für wiederbeigebrachtes Heeresgut hohe Belohnungen! Bei Werten bis zu 1000 Mk. 10%, bis 10 000 Mk. 5-7%, bis zu 100 000 Mk. 3-5% usw. des durch Abschätzung festgestellten Wertes der erfassten Güter. Die Belohnung wird unter Ausschluß des Rechtswegs denjenigen Personen gewährt, deren Tätigkeit die Ermittlung von Heeresgütern jeder Art ermöglicht hat. Unter mehreren beteiligten Personen wird die Belohnung nach Maßgabe der Einzeltätigkeit verteilt. Auch die staatlichen oder gemeindlichen Sicherheitsorgane sind zur Annahme der Belohnungen unter besonderen Voraussetzungen befugt. Namen der Anzeigenersteller werden auf Wunsch geheim gehalten.

Anzeigen und Belohnungsanträge nimmt entgegen

das **Württ. Landesverwertungsamt, Zweigstelle des Reichsverwertungsamts, Stuttgart**
Dorotheenstr. 2-4.

Wir sind schnell entschlossene Käufer für alle Sorten

Möbel

gleichgültig welcher Holzart und ohne Rücksicht auf das Quantum. Feine Angebote bei sofortiger Barzahlung erbeten.
S. Philipp S. m. b. H., Stuttgart, Synnaldenstr. 14.

Altensteig.

Eine größere Partie sehr schönes

graues Steinzeug

Töpfe, Krüge, Schüsseln,
Milchenträhler, Essigfäßchen
etc. etc.

insbesondere aber

Einmach-Töpfe

Bohnen- und Kraut-Standen

ist frisch eingetroffen und geneigter Abnahme bestens empfohlen von

E. W. Luz Nachfolger
Fritz Bühler jr.

Bank-Commandite Horb

Carl Weil & Cie. Horb a. N.

Wir halten nächsten Freitag, den 10. ds. Mts. in
Nagold im Gasthof zur Post Zimmer Nr. 10 von 11-3 Uhr

Sprechstunde

ab.

Telefon Nr. 78.

Postscheck-Conto Stuttgart 2267.

Altensteig.

Prima harte

Schmier-Seife

in Stücken (in der Güte wie Kernseife) sowie

weiche Schmierseife

empfehlen

Seifenfabrik Steiner.

Haarwasser und Haaröl

wieder Friedensmarke sowie

Toilettenseife

empfehlen

Schwarzwald-Drogerie

+ **Altensteig** +

— Telefon 41 —

Einige guterhaltene

Hobelbänke

zu kaufen gesucht

Möbelfabrik A. May

Altensteig.

Altensteig.

Jedes Quantum

Wachholder

kauft

Albert Luz

Mehrer u. Wirt

Altensteig.

Ein einfaches

Zimmer

oder Schlafstelle gesucht.

Angeb. an die Geschäftsst. d. Bl.

Ein jüngerer, fleißiger

Bursche

findet sofort angenehme Stelle als
Pferdeknecht bei

Gebr. Schrieler

z. Kropfmühle.

Oberweiler.

Einem Bursch, aus Freßen gewöhnt

Milchschweine

verkauft am Samstag, den 11.
Oktober, vormittags.

Adam Grohans
Bauer.

Altensteig.

Todes-Anzeige.



Teilnehmenden Verwandten und Bekannten machen wir die schmerzliche Mitteilung, daß unser lieber, treubeforgter und unvergesslicher Vater, Großvater, Schwiegervater und Schwager

Georg Walz

Drehstler

im Alter von 74 Jahren am Mittwoch früh nach längerer Krankheit sanft in dem Herrn entschlafen ist.

Um stille Teilnahme bitten die trauernden Hinterbliebenen

die Tochter: **Marie Dittus** geb. Walz
mit Gatte und Kinder

der Sohn: **Friedrich Walz**
mit Frau und Kinder.

Beerdigung am Freitag Mittag 2 Uhr.

Altensteig.



Schweizer Rot-Weine

empfehlen

Fr. Flaig, Conditor.

Michelberg.

Eine Partie sehr gut erhaltene

Fässer

von 20 bis
500 Liter
haltend,

eine wenig gebrauchte

Schrotmühle

1 Gullenpumpe

einen bereits neuen

Leiter-

Wagen



steht dem Verkauf aus

Frey zur Sonne

Eine 25 Wochen trüchtige junge



Rug- und Schaffkuh

verkauft

Jakob Gauß

Altensteig-Dorf.

Einem 1/2-jährigen

Hund

als Hoshund gut geeignet, sehr scharf
und wachsam, verkauft

der Obige.

Pfalzgrafenweiler

Verkaufe eine viereckige steinerne

Krautstande

mit etwa 1/2 cbm. Inhalt

Wilhelm Hayer

Steinbruchbesitzer.

